

# Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan

Telefon (075) 237 51 51

Fax Redaktion (075) 237 51 55

Fax Inserate (075) 237 51 66

Amtliches Publikationsorgan

1.00 Fr.

## AKTUELL

### Neujahrsempfang im Bundeshaus

Bundespräsident Arnold Koller (Bild) hat am traditionellen Neujahrsempfang für das diplomatische Korps den Willen der Schweiz bekräftigt, sich der historischen Wahrheit vorbehaltlos zu stellen. Die Schweiz erwarte aber auch, dass ihr guter Wille anerkannt werde, sagte Koller. Die rund 120 Botschafter und Geschäftsträger trafen am Freitag



nachmittag bei strahlend schönem, aber kaltem Winterwetter beim Bundeshaus ein. Die Ankunft der Ehrengäste wurde von einigen hundert Schaulustigen auf dem Bundesplatz verfolgt. Neben dem diplomatischen Korps überbrachten auch die Berner Stadt- und Kantonsbehörden ihre Neujahrswünsche. Sie liessen sich wie gewohnt in offenen Kutschen zum Bundeshaus fahren und wurden mit Fanfaren empfangen.

### Drogenkurier in Buchs verhaftet

Die Polizei in Buchs hat einen 23-jährigen Drogenkurier festgenommen, der mit vier Kilogramm Kokain im Reisegepäck von Österreich in die Schweiz einreisen wollte. Gemäss einer Mitteilung der St. Galler Kantonspolizei wurde er am vergangenen Dienstag verhaftet, als er am frühen Morgen mit dem Zug in die Schweiz einreiste. Bei der Durchsuchung des Reisegepäcks seien die Grenzbeamten auf die Drogen gestossen. Beim Verhafteten handle es sich um einen abgewiesenen Asylbewerber aus dem ehemaligen Jugoslawien.

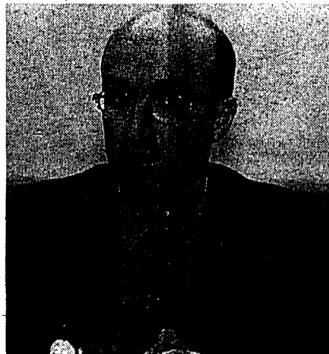
## VU-Exponenten und Krankenkassen-Affäre

Die VU versucht mit allen Mitteln, die Angelegenheit zu verharmlosen – Es geht um Millionen-Beträge

(G.M.) – «Wir können uns nicht damit einverstanden erklären, dass die widerrechtlichen Subventionsbezüge nur anhand einer Modellrechnung bzw. Hochrechnung ermittelt werden und nicht aufgrund einer effektiven, genauen Nachkontrolle.» Diese Auffassung vertreten FBPL-Abgeordnete, deren Verdienst es mit Anfragen im Landtag ist, dass die Krankenkassen-Affäre überhaupt ans Tageslicht kam.

Die VU versucht seit mehreren Wochen, die Dimension der Krankenkassen-Affäre zu verharmlosen und herunterzuspielen.

Die FBPL-Abgeordneten beharren auf einer genauen Nachkontrolle der ganzen Angelegenheit durch eine neutrale Revisionsgesellschaft. «Es geht hier um Millionen-Beträge, die ein solches Vorgehen rechtfertigen. Einer blossen Modellrechnung haftet ein zu grosser Unsicherheitsfaktor an.» Wichtig erscheint den FBPL-Abgeordneten auch, dass die ganze Angelegenheit in ihrer gesamten zeitlichen Dimension erfasst



Regierungsrat Michael Ritter kommt, zusammen mit anderen VU-Exponenten, immer stärker unter Druck wegen der Krankenkassen-Affäre. (Archivbild)

wird, nicht nur die letzten fünf Jahre. Es sei mittlerweile ein «offenes Geheimnis, dass die widerrechtlichen Subventions-

bezüge weit über zehn Jahre hinausreichen.»

Damit erhält die Krankenkassen-Affäre eine neue Facette, denn die Zuständigkeit für die Krankenkassen lag vor VU-Regierungsrat Michael Ritter beim bisherigen VU-Fraktionspräsidenten Peter Wolf als damaligem Regierungsmitglied und nun designiertem VU-Landtagspräsidenten bei den Wahlen 1997. Auf die Frage, weshalb die Krankenkassen-Affäre die VU dermassen irritiere, geben die FBPL-Abgeordneten die einfache Antwort: «Es sind zu viele VU-Exponenten tief in diese Sache verwickelt.» Neben den VU-Regierungsmitgliedern Ritter und Wolf auch VU-Präsident Oswald Kranz als leitender Mitarbeiter bei einer der betroffenen Krankenkassen. Und nicht zuletzt Regierungschef Mario Frick, der in einem besonderen Näheverhältnis zu einer der Revisionsgesellschaften steht, die laut Regierungsrat Michael Ritter versagt haben. Die Stellungnahme der FBPL-Abgeordneten finden Sie auf Seite 3.

## Anziehen der Baukonjunktur?

Die Baukonjunktur im Fürstentum Liechtenstein scheint anzuziehen. Im 4. Quartal 1996 wurden gemäss Statistik des Amtes für Volkswirtschaft insgesamt 158 Bauobjekte bewilligt, die ein Bauvolumen von 100 822 Kubikmeter umfassen. Im Vergleich zum Vorjahresquartal nahm die Zahl der Baubewilligungen um 47 Objekte zu, das Bauvolumen zeigt eine Zunahme um 8,9 Prozent.

Die Bauwirtschaft kann sich somit auf eine Erhöhung der Aufträge freuen. Einen enormen Sprung nach oben machen die mutmasslichen Baukosten, die nach den eingereichten Bauplänen ein Volumen von 51,5 Mio. Fr. aufweisen. Im vergangenen Dezember erreichten die Baukosten nur 40,8 Mio. Fr. Die Steigerung beläuft sich auf 26,4 Prozent.

Der Wohnungsbau liegt mit 73 771 (im Vorjahr 61 574) Kubikmeter an erster Stelle, eine Steigerung um 19,8 Prozent aufweisend.

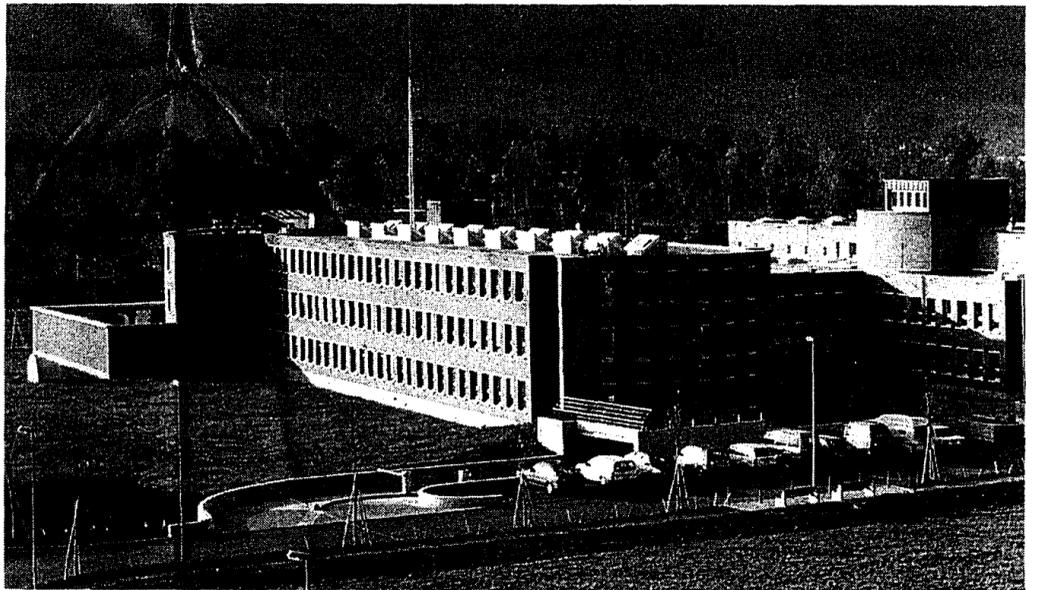
## 188 Personen sassen im Untersuchungsgefängnis in Vaduz

Regierung beantragte beim Landtag verschiedene Nachtragskredite mit einem zusätzlichen Ausgabenrahmen von insgesamt 842 000 Franken

(paf) – Die Regierung hat dem Landtag den fünften summarischen Nachtragskredit zur Genehmigung vorgelegt. Der summarische Nachtrag zum Voranschlag 1996 umfasst insgesamt 13 Kreditpositionen mit einem zusätzliche Ausgabenrahmen von 842 000 Franken für sieben Nachtragskredite und sechs Kreditüberschreitungen. Die Überschreitungen bewegen sich nach wie vor in einem engen Rahmen.

Mit 313 000 Franken stellt der Nachtragskredit für das Defizit der Liechtensteinischen Ingenieurschule (LIS) den Hauptanteil. Wegen einer doppelten Verbuchung der vom Land abzugeltenden Leistungen für das Bildungsprogramm Leonardo wurde der Defizitbeitrag des Landes an die Liechtensteinische Ingenieurschule um 330 000 Franken zu tief budgetiert. Da die Gesamtrechnung der LIS für das Jahr 1996 voraussichtlich um 17 000 Franken besser abschliesst als veranschlagt, verbleibt ein Nachtragskredit von 313 000 Franken.

Als weitere Positionen fallen die Haftlingskosten des Untersuchungsgefängnisses in Vaduz ins Gewicht. Vom 1. Januar 1996 bis 18. November 1996 waren im Untersuchungsgefängnis Vaduz 176 Männer und 12 Frauen während gesamthaft 4300 Tagen inhaftiert. Dies ergab eine Auslastung des Untersuchungsgefängnisses von durchschnittlich 75 % oder einen Tagesdurchschnitt von 13,5 inhaftierten Personen. Vor allem die Verpflegungskosten und die Arzt- und Medikamentenkosten sind naturgemäss von der Anzahl inhaftierter Personen abhän-



Vom 1. Januar 1996 bis 18. November 1996 waren im Untersuchungsgefängnis Vaduz (im Bild links) 176 Männer und 12 Frauen während gesamthaft 4300 Tagen inhaftiert. (Archivbild)

gen. Für das Budget 1996 wurde nicht mit einer so hohen durchschnittlichen Auslastung gerechnet. Nachtragskredite wurden auch benötigt für den Schülerzubringerdienst, die Aids-Kampagne, für Dienstkleider der PTT und für Gehälter bei der Holzbearbeitung und in der All-

gemeinen Verwaltung. Kreditüberschreitungen waren bei der Mission bei den Europäischen Gemeinschaften und bei der Ständigen Vertretung bei der OSZE in Wien zu verzeichnen. Ebenfalls mussten für die Unterbringung von sieben längerfristig verurteilten Personen im

Ausland ein Mehraufwand von Kosten in Kauf genommen werden. Die weiteren Kosten verteilen sich auf Mietzinsen beim Liechtensteinischen Gymnasium, Gehälter des Vorbereitungslehrgangs Fachhochschulreife und Honorare für das internationale Programm Socrates.



**federer**  
AUGENOPTIK  
BUCHS UND TRIESEN

*aktuelle Themen*

- Robert Allgäuer feierte Geburtstag.....2
- Krankenkassen-Affäre.....3
- Leserservice.....4
- Freude über neue Musikschulzentren.....5
- Zwei Dutzend Fragen an Otmar Hasler.....7
- Tourismus.....12
- Ski-Weltcup.....15+17
- Tausende nehmen Abschied von Kim.....24

## Wahlen: Briefliche Stimmabgabe möglich

Schriftliches Gesuch muss bis 29. Januar 97 eingereicht werden

(paf) An der Landtagswahl vom 31. Januar 1997 / 2. Februar 1997 besteht die Möglichkeit, seine Stimme auch brieflich abzugeben, wenn ein Urnengang nicht möglich ist. Die Einführung der brieflichen Stimmabgabe geht auf eine Gesetzesänderung zurück, die der Landtag im Mai 1996 durchführte.

Wer brieflich wählen will, muss bis spätestens 29. Januar 1997 ein schriftliches Gesuch an seine Wohnsitzgemeinde richten und begründen, wieso er die briefliche Stimmabgabe in Anspruch zu nehmen beabsichtigt.

Zulässige Gründe sind Landesabwesenheit am Wahlwochenende sowie Krankheit oder Gebrechlichkeit. Das Gesuch für die briefliche Stimmabgabe

kann auch per Fax an die Gemeinde gestellt werden. Es können nur solche stimmberechtigten Landesbürgerinnen und Landesbürger von der brieflichen Stimmabgabe Gebrauch machen, die im Land Wohnsitz haben. Die Gemeinde stellt dem Gesuchsteller nach Eingang des Gesuchs das Wahlmaterial und das Zustellkuvert für die briefliche Stimmabgabe an die gewünschte Adresse zu. Gleichzeitig werden nähere Informationen mitgeschickt, wie der Stimmzettel zu verpacken und an die Gemeinde zurückzusenden ist. Die briefliche Stimmabgabe muss bis Freitag, 31. Januar 1997, 16.30 Uhr, bei der Gemeindekanzlei eintreffen, damit sie für die Landtagswahl noch gültig ist.

## Verstärkte Zusammenarbeit an der Grenze

Zwischen der Schweiz und der Republik Österreich

Bern (AP) Delegationen aus der Schweiz und Österreich haben erste Gespräche über eine verstärkte Zusammenarbeit an der Grenze geführt. Am zweitägigen Treffen Anfang Woche standen sicherheits- und kriminalpolizeiliche Belange im Vordergrund, wie das Bundesamt für Ausländerfragen (BA) am Freitag bekanntgab.

Die beiden Delegationen schlagen für den Aufbau eines kooperativen Sicherheitssystems an der Grenze ein «Memorandum of Understanding» vor. Darin sollen auf der Basis der bisherigen Zusammenarbeit Grundsätze für einheitliche Lageanalysen und Einsatzplanungen, die grenzüberschreitende Kommunikation sowie Möglichkeiten für die ver-

stärkte Zusammenarbeit bei der Verfolgung und Verhütung von Straftaten festgeschrieben werden. Des Weiteren wird eine staatsvertragliche Regelung für eine möglichst umfassende und rasche polizeiliche Zusammenarbeit geprüft. Die Delegationen, die sich schweizerischerseits aus Vertretern der Polizei, Zoll/Grenzschutz und Ausländerbehörden zusammensetzt, werden ihre Gespräche Mitte März 1997 in Vorarlberg weiterführen. Analoge Gespräche werden auch mit deutschen, französischen und italienischen Behörden geführt. Der Bundesrat hatte im Juni 1995 beschlossen, die kriminal- und grenzpolizeiliche Zusammenarbeit mit den Nachbarstaaten zu intensivieren.